



12.09.2021

Über
Herrn Oberbürgermeister
Gert-Uwe Mende

Frei 22.11.

Der Magistrat

Bürgermeister

Dr. Oliver Franz

über
Magistrat *soe*

und
Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Gerhard Obermayr

18 . November 2021

an den Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Di-
giales und Gesundheit

Alternativantrag zu TOP 7 TO | 21-F-55-0035 "Legalisierung von Cannabis - Wiesbaden zur Modellstadt machen" der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Volt und Die Linke für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 21. September 2021 (Vorlagen-Nr. 21-F-80-0001)

Legalisierung von Cannabis

Seit Jahren gibt es immer wieder Diskussionen und Debatten um das Thema der Legalisierung von Cannabis. Die Städte Frankfurt am Main und Offenbach wollen dazu im Rahmen eines Modellprojekts einen Vorstoß wagen, auch Darmstadt will diese Option prüfen lassen. Ein Modellprojekt zur regulierten Abgabe von Cannabis ist möglich, da der § 3 (2) BtMG Ausnahmegenehmigungen „zu wissenschaftlichen oder anderen im öffentlichen Interesse liegenden Zwecken“ vorsieht. In einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Januar 2000 (AZ2 BvR 2382 - 2389/99) heißt es: "die medizinische Versorgung der Bevölkerung ist danach auch ein öffentlicher Zweck, der im Einzelfall die Erteilung einer Erlaubnis (...) rechtfertigen kann". Über den § 3 kann jede Person, aber auch jeder Verein und jede Gemeinde einen Modellversuch zur Abgabe von Cannabis beantragen.

- I. Der Magistrat wird beauftragt, die Initiative für ein städteübergreifendes Modellprojekt zur regulierten Abgabe von Cannabis in der Rhein-Main-Region zu ergreifen. Dazu sollten Gespräche mit den Städten Frankfurt, Offenbach und Darmstadt sowie der hessischen Landesregierung aufgenommen werden.

In einem solchen Modellprojekt sind unter anderem eine begleitende und kontinuierliche Aufklärungs- und Präventionsarbeit sowie eine finanzielle Unterstützung durch den Bund und das Land Hessen sicherzustellen.

Dabei sind die Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen insbesondere an Jugendliche und junge Erwachsene zu richten, um auf die Risiken des Cannabiskonsums aufmerksam zu machen.

- II. Der Magistrat wird gebeten nach den erfolgten Gesprächen dem Ausschuss ein mögliches Konzept vorzulegen und darüber zu berichten.

Zu 1.:

In einem so eng miteinander vernetzten Ballungsraum, wie es das Rhein-Main-Gebiet ist, wäre ein Modellprojekt zur Legalisierung von Cannabis für Volljährige nur dann sinnvoll, wenn alle großen Städte der Region, also auch Frankfurt, Offenbach und Darmstadt, sich beteiligen würden. Bei einem Wiesbadener Alleingang würde die Landeshauptstadt zu einem Anziehungspunkt für Käuferinnen und Käufer von Cannabisprodukten aus den anderen Städten und der gesamten Umgebung werden.

Um ein solches groß angelegtes Modellprojekt zur Legalisierung von Cannabis für Erwachsene im Rhein-Main-Gebiet vorzubereiten, bedürfte es zunächst der Einrichtung einer Koordinierungsgruppe, so dass der Landeshauptstadt Personal- und Sachkosten entstehen würden. Alternativ könnte der Auftrag nach extern vergeben werden. Eine solche Koordinierungsgruppe müsste erkunden, ob für das Modellprojekt Gelder von Land und Bund zur Verfügung stehen und wenn ja, in welchem Umfang. Das Gesundheitsamt Wiesbaden kann in seiner jetzigen personellen Aufstellung weder aktuell noch später diese Koordinierungsaufgaben zusätzlich leisten. Dies gilt auch dann noch, wenn die Corona-Pandemie die Gesundheitsämter nicht mehr zusätzlich zu ihren originären Aufgaben belastet.

Die ambulanten Träger der Suchthilfe in Wiesbaden, also die Caritas-Fachberatungsstelle und das Suchthilfezentrum Jugendberatung und Jugendhilfe e. V., sind in der Stadt Wiesbaden gut etabliert und die primären Anlaufstellen für Menschen, die Drogen konsumieren sowie deren soziales Umfeld. Die über Jahrzehnte bewiesene Expertise der beiden Einrichtungen sollte unbedingt in die Planung und Ausarbeitung des Modellprojektes einfließen. Die praktische Umsetzung des Modellprojektes selbst wäre idealerweise auch räumlich dort anzusiedeln. Auch die Psychiatrie der Helios Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden und Vitos Rheingau sind Akteure, die miteingebunden werden müssten.

Zu 2.:

Wenn das Konzept für das Modellprojekt erstellt ist und Frankfurt, Offenbach und Darmstadt sich ebenfalls positioniert haben, deren Teilnahme längst nicht beschlossen ist, wird der Magistrat dem Ausschuss wieder berichten.

